

**Entschließungsantrag zum Antrag der Bundesregierung zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 – Entschließungsantrag
19. September 2006**

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 49. Sitzung. Berlin, Dienstag, den 19. September 2006

4803

Dr. Werner Hoyer

- (A) Mit der militärischen Beteiligung gehen Sie nicht den richtigen Weg. Da aber die Mehrheitsverhältnisse offensichtlich so sind, wie sie sind,

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

sage ich gleichwohl: Wenn die deutschen Soldaten unterwegs sind, werden wir sie nach Kräften unterstützen. Wir erwarten, Herr Finanzminister, dass die Bundesregierung der Bundeswehr dann die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt.

Danke sehr.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat nun der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung bittet mit diesem Mandat für die Bundeswehr den Deutschen Bundestag um eine Entscheidung von historischer Bedeutung. Es geht um die Beteiligung der Bundeswehr an der **Friedenssicherung im Nahen Osten**.

- (B) Grundlage dafür ist die UN-Resolution 1701. Man mag, Herr Kollege Hoyer, an dieser Resolution das eine oder andere kritisieren. Aber Tatsache ist: Diese Resolution hat dazu beigetragen, dass die Waffen schweigen. Immerhin haben in dieser Auseinandersetzung über 1 200 Menschen ihr Leben gelassen. Dass die Waffen dauerhaft schweigen, ist ein wichtiger Beitrag, den die Bundesrepublik Deutschland in diesem Friedensprozess unterstützend leisten kann. Deshalb kann ich Ihre Argumentation nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wichtig ist, dass dieser UN-Resolution sowohl die israelische als auch die libanesische Regierung zugestimmt haben. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, eine dauerhafte Friedenslösung herbeizuführen. Das ist in der Argumentation ein ganz wichtiger Punkt. Natürlich ist dieser militärische Beitrag nicht die Lösung des Konfliktes. Aber ich behaupte: Ohne dass die Waffen schweigen, ist eine politische Lösung dieses Konfliktes nicht möglich. Deshalb ist es essenziell wichtig, hier einen Beitrag zu einem dauerhaften Waffenstillstand zu leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es geht – das wurde zu Recht angesprochen – um das Existenzrecht des Staates Israel. Es geht aber auch um die Souveränität des Staates Libanon. Es geht ebenso um die Lösung des Konfliktes zwischen Palästina und Israel im Hinblick auf die Umsetzung der Roadmap hin zu einem eigenen Staat Palästina.

- (C) Dass nicht nur der überwiegende Teil der libanesischen Regierung und der Bevölkerung diesem Einsatz zustimmt, sondern auch über 73 Prozent der Bevölkerung Israels diesen Einsatz befürworten, zeigt, wie ich finde, das Vertrauen, das die Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Bundeswehr im Hinblick auf eine Friedenssicherung in diesem Prozess gewonnen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich will darauf verweisen, dass wir im Bereich der humanitären Hilfe schon einen wesentlichen Beitrag geleistet haben; der Außenminister hat darauf hingewiesen. Die Bundeswehr hat mittlerweile über 233 Tonnen Hilfsgüter in den Libanon geliefert: von Babynahrung über medizinische Versorgung bis hin zu Zelten und UN-Fahrzeugen. Aber auch Hilfspersonal wurde gestellt, das unmittelbar vor Ort humanitäre Hilfe leistet und im Hinblick auf die Umsetzung der UN-Resolution von Bedeutung ist. Jetzt aber geht es um die dauerhafte Absicherung des Waffenstillstandes.

- (D) Voraussetzungen waren aus unserer Sicht die Anforderung der libanesischen Regierung, klare Einsatzregeln und ein klares Einsatzkonzept. Diese liegen mittlerweile vor. Sie wissen, dass es im Zusammenhang mit der Aufhebung der Seeblockade durch Israel eine Diskussion gab. Ich denke, wir sollten unseren französischen, italienischen und griechischen Freunden dafür dankbar sein, dass sie in der Zwischenzeit dort die Seesicherheit mit garantiert haben, damit die Seeblockade aufgehoben werden konnte, um jetzt durch unsere Verantwortung eine zusätzliche Sicherung im Hinblick auf die libanesische Grenze und den Waffenschmuggel zu gewährleisten.

Es geht um die Absicherung der seeseitigen Grenzen des Libanons innerhalb der Territorialgewässer. Aber die Area of Maritime Operations – sprich: das maritime Einsatzgebiet – umfasst bis zu 60 Seemeilen vor der libanesischen Küste. Wir haben dort ein robustes, aber kein offensives Mandat und die Kontrolle eines verdächtigen Schiffes ist möglich, auch wenn ein Kapitän widerspricht.

Lassen Sie mich dazu etwas anmerken. Selbstverständlich gilt auch hierbei die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Sie werden zunächst zu geringfügigeren Maßnahmen – zum Beispiel Umleitungen – greifen, bevor sie beispielsweise in einer kritischen Situation gegen den Willen eines Kapitäns borden. Aber auch dies beinhaltet das Mandat. Deshalb weise ich darauf hin, dass es zu riskanten oder auch kritischen Situationen für unsere Soldatinnen und Soldaten kommen kann. Ich denke, dass auch im Zusammenhang mit diesem Mandat ehrlich über die **Risiken** gesprochen werden muss, die gegebenenfalls auf unsere Soldatinnen und Soldaten zukommen. Denn Auslandseinsätze – das gilt auch für andere Regionen – sind auch immer mit Risiken für Leib und Leben unserer Soldatinnen und Soldaten verbunden. Deshalb ist es auch notwendig, darauf hinzuweisen, wenn es um eine Entscheidung für einen entsprechenden Einsatz der Bundeswehr in friedensstiftender Mission geht.

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Der Libanon hat sich mit diesen Rules of Engagement und auch mit dem **Einsatzkonzept** eindeutig einverstanden erklärt. Das Mandat, für das wir Sie um Zustimmung bitten, sieht folgende Aufgaben vor: erstens die Führung der maritimen Operation – diese soll durch einen deutschen Admiral gewährleistet werden –, zweitens Aufklärung und Überwachung des Seegebietes, drittens Kontrolle des Seeverkehrs, viertens Umleitung von Schiffen im Verdachtsfall, fünftens Lufttransport, sechstens humanitäre Hilfe – dazu habe ich schon etwas gesagt –, siebtens Eigensicherung und Nothilfe und achtens technische Ausrüstungshilfe und militärische Beratung. Diese Ausrüstungshilfe kann auf dem gesamten Gebiet des Staates Libanon durchgeführt werden.

Das Mandat ist vonseiten der Vereinten Nationen bis zum 31. August 2007 vorgesehen. So haben wir vonseiten der Bundesregierung das Mandat jetzt auch beschlossen.

Die Obergrenze sind 2 400 Soldatinnen und Soldaten, die sich wie folgt aufschlüsseln: 1 500 Kräfte werden vonseiten der Marine gestellt. Die UNO hat zwei Fregatten einschließlich zwei Bordhubschraubern sowie zwei Versorgungsschiffe – das ist der Einsatzgruppenversorger mit dem Einsatzrettungszentrum und dem Tender – und vier Schnellboote angefordert. Es haben aber auch andere Nationen ihre Bereitschaft signalisiert, bei dieser maritimen Taskforce mitzuwirken. Dabei handelt es sich um Dänemark, Norwegen, Schweden und die Niederlande. Welche Nationen gegebenenfalls dort bereits im Einsatz sind, habe ich bereits erwähnt. Wir haben uns – da dieses Mandat effektiv und kooperativ ist – selbstverständlich damit einverstanden erklärt, dass in den Führungsstäben auch Verbindungsoffiziere vonseiten der libanesischen Armee vertreten sind, um die Kooperation bei diesem Einsatz zu ermöglichen.

Zu den 2 400 Soldatinnen und Soldaten gehören des Weiteren 100 Soldatinnen und Soldaten für den Lufttransport, 400 für die Führung in den Stäben und logistische Unterstützung, 100 für Beratung und Ausbildung der libanesischen Armee und 300 im Hinblick auf die planerische Reserve. Damit ist die Durchhaltefähigkeit auch für diese Operation gewährleistet und wir haben alle Eventualitäten in dieses Mandat mit eingerechnet, um damit die Voraussetzung für einen effektiven Beitrag zur dauerhaften Friedenssicherung in dieser Region zu schaffen.

Ich will auch etwas zu den **Kosten des Mandats** sagen: Für das Jahr 2006 ist ein Kostenrahmen von 46 Millionen Euro und für das Jahr 2007 von 147 Millionen Euro vorgesehen. Ich denke, es ist offensichtlich, dass hier ein neuer Auftrag auf die Bundeswehr zukommt, der natürlich nicht in unseren Kostenkalkulationen im Verteidigungsetat berücksichtigt werden konnte, sodass wir uns noch darüber verständigen müssen, welche zusätzlichen Ausgaben notwendig sind. Ich wiederhole meinen Satz: Man kann nicht immer mehr Aufgaben von der Bundeswehr verlangen und gleichzeitig nicht die entsprechenden finanziellen Grundlagen zur Verfügung stellen. Ich gehe aber davon aus, dass wir die Finanzierung sicherstellen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP) (C)

Lassen Sie mich noch einmal unterstreichen: Es geht um einen Frieden stiftenden Auftrag der Bundeswehr. Ich glaube, es wird zu wenig wahrgenommen, dass Europa – sei es Frankreich, Italien, Spanien, seien es andere europäische Nationen – zum ersten Mal einen essenziellen Beitrag zur Friedenssicherung im Nahen Osten leistet. Es geht um die Unterstützung und Umsetzung der UN-Resolution 1701. Ich glaube, nur auf dieser Grundlage besteht eine Chance für eine friedliche, politische Lösung in Nahost. Es entspricht unserer Wertorientierung, aber auch unseren internationalen und europäischen Verpflichtungen und liegt in unserem nationalen Interesse, dass wir diesen Einsatz leisten.

Alle Argumente sprechen dafür, dass Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten des Deutschen Bundestages, diesen Einsatz unterstützen. Das Mandat ist im Interesse dieser Frieden stiftenden Mission. Ich bitte aber auch um Ihre Unterstützung im Interesse der Soldatinnen und Soldaten, die in einer nicht einfachen Situation einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung im Nahen Osten leisten.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN) (D)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist nicht der Tag, darüber zu sprechen, dass der amerikanische Präsident Außenpolitik zunehmend als Militär- und Kriegspolitik betreibt. Heute geht es auch nicht darum, dass seine These, mittels Krieg Terror zu bekämpfen, eindeutig widerlegt ist. Krieg ist eine Höchstform von Terror und mittels Terror kann man Terror nicht wirksam bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kriege in Afghanistan und im Irak beweisen täglich, dass sie den Terrorismus erhöhen. Mir geht es heute auch nicht darum, darauf hinzuweisen, dass man zur Adresse von Terroristen wird, wenn man sich an solchen Kriegen beteiligt.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ein vernünftiger Blauhelmeinsatz kann sogar gegenteilige Wirkungen haben, wenn man dadurch als Friedensstifter anerkannt wird.

Es ist auch nicht der Tag, um über das veränderte Verhältnis der deutschen Parteien zum Krieg zu diskutieren. Dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien stimmten bekanntlich alle Fraktionen außer meiner zu. Ich will auch nicht über die These von Herrn Kuhn und anderen reden, dass Verteidigung nicht mehr national, sondern nur international möglich sei, wobei mir bei der